

Satzungsänderungsantrag

Initiator*innen:

Titel: Satzung von Campusgrün – Bundesverband
grün-alternativer Hochschulgruppen

Satzungstext

1 **Präambel**

2 Campusgrün ist der Bundesverband grün-alternativer Hochschulgruppen in
3 Deutschland. Campusgrün setzt sich für die Verwirklichung einer friedlichen
4 Weltgemeinschaft ein, in der soziale Gerechtigkeit herrscht, in der
5 Menschenrechte tatsächlich umgesetzt sind, in der niemand diskriminiert wird und
6 in der die natürlichen Lebensgrundlagen und die menschliche Umwelt geschützt
7 werden. Campusgrün sieht sich ferner den Grundsätzen des Antifaschismus, des
8 Feminismus und der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet. Campusgrün spricht
9 sich gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Elitismus und sexualitäts-
10 wie geschlechtsbezogene Diskriminierung aus. Daher ist eine Mitgliedschaft bei
11 einer Campusgrün-Mitgliedsgruppe oder die Ausübung eines Amtes im Bundesverband
12 bei einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in einer Studentenverbindung
13 ausgeschlossen. Über Deutschland hinaus vernetzt Campusgrün die Mitgliedsgruppen
14 mit grünen Akteuren weltweit. Campusgrün vertritt die im Bundesverband
15 entwickelten Positionen der grün-alternativen Hochschulgruppen eigenständig
16 gegenüber der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und in der Gesellschaft.

17 **Abschnitt 1: Der Verband**

18 **§ 1 Name und Sitz**

19 (1) Der Verband trägt den Namen „Campusgrün - Bundesverband grün-alternativer
20 Hochschulgruppen“. Er wird im Folgenden „Campusgrün“ oder „der Bundesverband“

21 genannt.

22 (2) Campusgrün ist die grüne Studierendenorganisation in Deutschland und steht
23 als selbstständige Vereinigung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nahe.

24 (3) Der Sitz ist Berlin.

25 § 2 Aufgaben und Zweck

26 (1) Campusgrün hat die Aufgabe, die Arbeit der verschiedenen grün-alternativen
27 Hochschulgruppen bundesweit zu vernetzen, zu unterstützen und nach außen zu
28 vertreten.

29 (2) Der Verband verfolgt dem Wohle der Studierenden dienende Zwecke,
30 insbesondere die Vertretung studienbezogener, wirtschaftlicher, sozialer,
31 kultureller und politischer Belange der Studierenden.

32 (3) Der Verband vereint Hochschulgruppen, die sich den Zielen einer
33 transparenten, demokratischen und nachhaltigen Hochschule verpflichtet fühlen.
34 Der Verband setzt sich für studentische Mitbestimmung, gerechte Bildungspolitik,
35 Chancengleichheit, eine familienfreundliche Hochschule, ein ausgeglichenes
36 Verhältnis zwischen Forschung und Lehre sowie Umwelt- und Klimaschutz ein.

37 (4) Sein Zweck ist weiterhin, innerhalb der Hochschulen, der Gesellschaft und
38 insbesondere auch der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ziele und
39 Vorstellungen seiner Mitglieder entsprechend der Satzung und der gültigen
40 Beschlüsse zu vertreten und durchzusetzen.

41 (5) Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben sind insbesondere:

42 1. Teilnahme an öffentlichen Willensbildungsprozessen,

43 2. Öffentlichkeitsarbeit,

44 3. regelmäßige gemeinsame Treffen,

45 4. Informations- und Bildungsveranstaltungen und

46 5. Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Hochschul- und

47 Interessenverbänden sowie weiteren im Aufgabenbereich tätigen Akteur*innen
48 und Organen.

49 (6) Eine Präsenz des Verbandes an allen deutschen Hochschulstandorten wird
50 angestrebt.

51

52 § 3 Gliederung

53 (1) Campusgrün besteht aus Gruppen, die an den einzelnen Hochschulen aktiv sind.
54 Eine Gruppe im Sinne dieser Satzung besteht aus mindestens drei an einer
55 Hochschule eingeschriebenen natürlichen Personen.

56 (2) Die einzelnen Mitgliedsgruppen genießen Autonomie.

57 (3) Ergänzend zum Bundesverband können Landesverbände gegründet werden. Sie
58 unterstützen den Bundesverband strukturell und durch die Bearbeitung
59 landespolitischer Themen. Sie werden in der Regel entsprechend der Bundesländer
60 gebildet. Die Landesverbände besitzen Programm-, Satzungs-, Finanz- und
61 Personalautonomie. Ihre Satzungen und ihre Beschlüsse dürfen der Satzung des
62 Bundesverbandes und den Grundsätzen von Campusgrün nicht widersprechen.

63 (4) Über die Aufnahme und den Ausschluss eines Landesverbandes entscheidet die
64 Mitgliederversammlung mit satzungsändernder Mehrheit.

65

66 **Abschnitt 2: Die Mitgliedsgruppen**

67

68 **§ 4 Mitgliedschaft im Bundesverband**

69 (1) Mitglied im Bundesverband kann grundsätzlich jede Hochschulgruppe werden,
70 die die in der Präambel und unter § 2 beschriebenen Grundsätze unterstützt.

71 (2) Gruppen werden grundsätzlich durch die Landesverbände aufgenommen. Der
72 Bundesvorstand wird darüber unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

73 (3) Hochschulgruppen, die Mitglied in einem nach § 3 Abs. 4 aufgenommenen
74 Landesverband sind, sind automatisch Mitglied des Bundesverbandes.

75 **§ 5 Aufnahme von Mitgliedsgruppen ohne Landesverband**

76 (1) Beantragt eine Hochschulgruppe, die nicht schon aufgrund § 4 Abs. 2, 3
77 Mitglied
78 im Bundesverband ist, die Mitgliedschaft, so entscheidet die
79 Mitgliederversammlung
80 über deren Aufnahme mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

81 (2) In der Regel wird pro Hochschule nur eine Gruppe aufgenommen. In begründeten

82 Ausnahmefällen kann die Mitgliederversammlung hiervon abweichen. Hierbei ist
83 zuvor eine Stellungnahme des Bundesvorstands und ggf. des zuständigen
84 Landesverbandes einzuholen.

85 (3) Die Mitgliedschaft beginnt unmittelbar nach der Aufnahme.

86 (4) Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht.

87 (5) Mit dem Aufnahmeantrag erklärt die Gruppe zugleich, die Regelungen dieser
88 Satzung und ihrer Bestandteile zu akzeptieren sowie Campusgrün nach ihren
89 Möglichkeiten aktiv zu unterstützen.

90

91 **§ 6 Ende der Mitgliedschaft**

92 (1) Die Mitgliedschaft endet durch
93 1. Auflösung der Mitgliedsgruppe,
94 2. Nichtaktivität,
95 3. Austritt oder
96 4. Ausschluss.

97 (2) Die Auflösung einer Gruppe wird gegenüber dem Bundesverband erklärt.

98 (3) Der Bundesvorstand kann der Mitgliederversammlung vorschlagen, eine Gruppe
99 für nicht mehr aktiv zu erklären. Gegen die Feststellung der Inaktivität kann
100 die
101 betroffene Gruppe mit aufhebender Wirkung binnen drei Monaten nach Verkündung
102 Widerspruch einlegen.

103 (4) Der Austritt einer Gruppe wird dem Bundesvorstand in Textform erklärt und
104 tritt
105 unverzüglich in Kraft.

106 (5) Mitgliedsgruppen können von der Mitgliederversammlung mit einer
107 Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen werden. Der Antrag auf Ausschluss kann durch
108 den Bundesvorstand, 20 Prozent der Mitgliedsgruppen oder durch den
109 Landesverband, in dem die Gruppe Mitglied ist, gestellt werden. Der Ausschluss
110 kann insbesondere dann erfolgen, wenn eine Mitgliedsgruppe durch Zuwiderhandeln
111 gegen die Satzung, gegen satzungsgemäße Beschlüsse oder das
112 Grundsatzprogramm den Verband schädigt, ernsthaft gefährdet oder sich eines der
113 Mitgliedschaft unwürdigen Verhaltens schuldig macht. Der Ausschluss kann auch

114 erfolgen, wenn eine Mitgliedsgruppe die in §§ 2 Abs. 3, 3 Absatz 1 dieser
115 Satzung
116 genannten Aufnahmebedingungen nicht mehr erfüllt. Der Ausschluss wird der
117 Basisgruppe in Textform mitgeteilt. Der Ausschluss aus dem Bundesverband
118 beendet auch die Mitgliedschaft im Landesverband.

119
120 **§ 7 Beiträge**

121 Von Landesverbänden und Mitgliedsgruppen werden keine Mitgliedsbeiträge
122 erhoben. Für Veranstaltungen und Materialien können Beiträge erhoben werden.
123 Abschnitt 3: Organe des Bundesverbands

124
125 **§ 8 Organe**

126 Campusgrün hat folgende Organe:
127 1. die Mitgliederversammlung (§§ 9 – 15)
128 2. den Bundesvorstand (§§ 16 – 20)
129 3. das Bundesschiedsgericht (§ 21)

130
131 **Unterabschnitt 1: Die Mitgliederversammlung**

132 **§ 9 Zusammensetzung**

133 (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste beschlussfassende Organ von
134 Campusgrün. Sie setzt sich aus bis zu zwei Delegierten jeder anwesenden
135 Mitgliedsgruppe zusammen. Delegierte sind von der Mitgliedsgruppe bestimmte
136 Vertreter*innen, die für die Mitgliederversammlung mit Stimmberechtigung
137 ausgestattet wurden.

138 (2) Damit eine Mitgliedsgruppe stimmberechtigt ist, muss mindestens eine Frau,
139 inter, nicht-binäre, trans oder agender Person (FINTA* Person) Teil der
140 Delegation
141 sein.

142 (3) Mitglieder einer Studentenverbindung oder ähnlicher Organisationen können
143 nicht
144 Teil einer Delegation sein.

145 (4) Über die Delegierten entscheiden die Mitgliedsgruppen eigenverantwortlich.

146 (5) Die Mitgliederversammlung tagt öffentlich. Gäste können im begründeten
147 Einzelfall mit einfacher Mehrheit ausgeschlossen werden.

148

149 § 10 Zusammentreten und Ladung

150 (1) Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal im Semester zusammen. Sie
151 wird mindestens vier Wochen vorher unter Angabe der Tagesordnung und der
152 vorliegenden Anträge durch den Bundesvorstand einberufen. Der Bundesvorstand
153 soll bei den Mitgliederversammlungen anwesend sein.

154 (2) Auf Beschluss des Bundesvorstandes oder auf Initiative von mindestens 20
155 Prozent der Mitgliedsgruppen wird eine außerordentliche Mitgliederversammlung
156 einberufen. Die Ladungsfrist beträgt hierbei zwei Wochen.

157 (3) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn fristgerecht eingeladen
158 wurde und Delegierte von mindestens einem Zehntel der Mitgliedsgruppen
159 anwesend sind. Sie bleibt so lange beschlussfähig, bis die Beschlussunfähigkeit
160 auf
161 Antrag einer*eines Delegierten festgestellt wird.

162 § 11 Aufgaben der Mitgliederversammlung

163 (1) Die Mitgliederversammlung
164 1.beschließt und ändert das Grundsatzprogramm mit Zweidrittelmehrheit,
165 2.nimmt Berichte des Bundesvorstandes entgegen,
166 3.beschließt mit einfacher Mehrheit über eingebrachte Anträge (§ 12),
167 4.beschließt mit absoluter Mehrheit den Haushalt (§ 23),
168 5.wählt und entlastet den Bundesvorstand mit absoluter Mehrheit (§ 18),
169 6.beschließt und ändert die Satzung mit einer Zweidrittelmehrheit,
170 7.wählt mit einfacher Mehrheit zwei gleichberechtigte Rechnungsprüfer*innen (§
171 25),
172 8.wählt eine*n Datenschutzbeauftragte*n (§ 22),
173 9.beschließt die Finanzordnung (§ 24) und die Wahlordnung mit absoluter
174 Mehrheit, sowie die Schiedsgerichtsordnung mit Zweidrittelmehrheit (§ 21 Abs.
175 6)
176 10.gibt sich mit einfacher Mehrheit eine Geschäftsordnung,
177 11.wählt das Bundesschiedsgericht mit absoluter Mehrheit (§ 21)
178 12.beschließt über die Auflösung von Campusgrün in einer eigens dafür
179 einberufenen Mitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit (§ 26).

180 (2) Mitglieder von Studentenverbindungen sind von der Kandidatur für Ämter oder
181 Positionen im Campusgrün Bundesverband ausgeschlossen.

182 (3) Die Mitgliederversammlung beschließt zu Beginn jeder Zusammenkunft die
183 Tagesordnung mit einfacher Mehrheit. Weiterhin sind Sitzungsleitung und
184 Protokollant*innen zu bestimmen. Diese sollen nicht dem Bundesvorstand
185 angehören.

186

187 § 12 Beschlüsse und Anträge

188 (1) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind zu protokollieren und den
189 Mitgliedern innerhalb von vier Wochen bekannt zu geben. Die Niederschrift ist
190 von
191 einem Mitglied des geschäftsführenden Vorstands zu unterzeichnen.

192 (2) Antragsberechtigt sind
193 1. die Mitgliedsgruppen,
194 2. mindestens zwei Mitglieder von Mitgliedsgruppen,
195 3. die Landesverbände,
196 4. die Delegierten der Mitgliedsgruppen,
197 5. der Bundesvorstand, sowie dessen einzelne Mitglieder

198 6. die FINTA*-Versammlung,
199 7. die*der Rechnungsprüfer*in und
200 8. die*der organisatorische Geschäftsführer*in
201 9. der*die Datenschutzbeauftragte

202

203 § 13 Antragsfristen

204 (1) Anträge zu Mitgliederversammlungen sind spätestens zwei Wochen vor der
205 Versammlung beim Bundesvorstand einzureichen. Änderungsanträge hierzu können
206 jederzeit gestellt werden. Die Anträge sind den Hochschulgruppen zwei Wochen vor
207 der Mitgliederversammlung elektronisch zuzustellen.

208 (2) Anträge können in Form von Dringlichkeitsanträgen jederzeit gestellt werden;
209 die
210 Dringlichkeit ist hierbei gesondert zu begründen.

211 (3) Anträge, mit denen die Satzung, die Schiedsgerichtsordnung, die Wahlordnung

212 oder die Finanzordnung geändert werden soll, können keine Dringlichkeitsanträge
213 sein. Änderungsanträge zu solchen Anträgen sind jederzeit zulässig.

214 (4) Näheres regelt die Geschäftsordnung.

215
216 **§ 14 Frauen, inter, nicht-binär, trans, agender Personen-**
217 **Versammlung (FINTA*-**
218 **Versammlung)**

219 (1) Auf Antrag einer FINTA* Person beschließen alle FINTA* Delegierten, ob sie
220 eine
221 FINTA*-Versammlung abhalten wollen. Darüber wird in Abwesenheit der sonstigen
222 Mitglieder beraten und abgestimmt. Der Beschluss wird mit der einfachen Mehrheit
223 der Stimmen gefasst. Die FINTA*-Versammlung findet unter Ausschluss der
224 sonstigen Anwesenden statt. Währenddessen ist die Mitgliederversammlung
225 unterbrochen.

226 (2) Die FINTA*-Versammlung kann
227 1.mit der Mehrheit der anwesenden Personen ein FINTA*-Votum beschließen,
228 welches der Bundesmitgliederversammlung anschließend vorgetragen wird.
229 2.mit absoluter Mehrheit beschließen, einen Antrag auf die nächste
230 Mitgliederversammlung zu vertagen. Eine erneute Vertagung durch die
231 FINTA*-Versammlung ist nicht möglich. Die Mitgliederversammlung kann
232 beschließen, den Antrag nicht erneut zu behandeln.

233 (3) Auf Antrag einer FINTA* Person findet vor der Abstimmung eines Antrags durch
234 die Mitgliederversammlung eine gesonderte Abstimmung unter FINTA* Personen
235 statt, das Ergebnis hat keine bindende Wirkung. Die Möglichkeit den Antrag durch
236 ein FINTA*-Plenum zu vertagen bleibt davon unberührt.

237
238 **§ 15 Sondervoten**

239 (1) Auf Antrag einer Person, die von einem Antrag auf der Tagesordnung der
240 Bundesmitgliederversammlung insbesondere aufgrund von Ableismus, Antisemitismus,
241 Klassismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit oder vergleichbaren
242 Diskriminierungen betroffen ist, muss der Bundesvorstand vor der betreffenden
243 Bundesmitgliederversammlung ein Plenum für von der Sachfrage ebenfalls
244 betroffene Personen einrichten.

245 (2) Der Antrag muss spätestens eine Woche vor der Bundesmitgliederversammlung

246 gestellt werden.

247 (3) Das Plenum der Betroffenen kann zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt
248 ein Votum beschließen, welches die Sitzungsleitung vor Eröffnung des
249 Tagesordnungspunkts auf der Bundesmitgliederversammlung zu verlesen hat.

250 (4) Im Falle von Dringlichkeitsanträgen kann ein Plenum nach Absatz 1 nach der
251 Bundesmitgliederversammlung einberufen werden. Die Versammlung kann ein
252 Votum nach Absatz 3 beschließen und dieses optional mit einem Aufhebungsantrag
253 hinsichtlich des entsprechenden Antrags verbinden. Ein solches Votum wird vom
254 Präsidium auf der folgenden Bundesmitgliederversammlung verlesen.

255

256 **Unterabschnitt 2: Der Bundesvorstand**

257 **§ 16 Zusammensetzung des Bundesvorstands**

258 (1) Der Bundesvorstand setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- 259 1.zwei Sprecher*innen,
- 260 2.einem*einer politischen Geschäftsführer*in,
- 261 3.einem*einer Schatzmeister*in,
- 262 4.bis zu fünf Beisitzer*innen.

263 (2) Der geschäftsführende Vorstand setzt sich aus den Sprecher*innen, der*dem
264 politische*n Geschäftsführer*in und der*dem Schatzmeister*in zusammen. Er muss
265 zumindest zur Hälfte aus FINTA* Personen bestehen.

266 (3) Mindestens die Hälfte der Beisitzer*innen und mindestens eine*r der
267 Sprecher*innen müssen FINTA* Personen sein.

268

269 **§ 17 Aufgaben des Bundesvorstands**

270 (1) Der Bundesvorstand führt die laufenden Geschäfte von Campusgrün im Rahmen
271 dieser Satzung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung, insbesondere auf
272 Grundlage des Grundsatzprogramms. Er vertritt Campusgrün nach innen und außen
273 in diesem Sinne.

274 (2) Der Bundesvorstand

- 275 1.vernetzt die einzelnen Hochschulgruppen und betreut sie auf Bundesebene,

- 276 2.koordiniert, vernetzt und unterstützt die Landesverbände,
277 3.sammelt Informationen und verbreitet diese an die einzelnen Gruppen,
278 4.beruft die Mitgliederversammlung ein und bereitet sie vor,
279 5.ist verantwortlich für die Organisation des Bildungsprogramms,
280 6.vertritt Campusgrün nach außen, insbesondere gegenüber der Partei
281 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Presse und Öffentlichkeit sowie anderen
282 Organisationen und Verbänden,
283 7.trägt die Beschlüsse und Anträge von Campusgrün in die Organe von
284 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
285 8.ist verantwortlich für die Erarbeitung und Einhaltung des Haushaltes.

286

287 § 18 Wahl des Bundesvorstands

288 (1) Der Bundesvorstand wird für ein Jahr gewählt. Der Vorstand wird von der
289 Mitgliederversammlung des Verbands aus den Reihen der Mitglieder der
290 Mitgliedsgruppen gewählt. Über Ausnahmen entscheidet die Mitgliederversammlung
291 mit einfacher Mehrheit.

292 (2) Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen abgegebenen Stimmen auf
293 sich
294 vereint. Kommt im ersten Wahlgang keine Mehrheit zustande, kommt es zur
295 Stichwahl zwischen den beiden Kandidat*innen mit der höchsten Stimmenzahl. Bei
296 Stimmgleichheit im zweiten Wahlgang findet ein dritter Wahlgang statt; bei
297 Stimmgleichheit im dritten Wahlgang oder bei der Bestimmung der Kandidat*innen
298 für den zweiten Wahlgang entscheidet das Los.

299 (3) Die jeweils amtierenden Mitglieder des Vorstands bleiben nach Ablauf ihrer
300 Amtszeit solange im Amt, bis ihre Nachfolger*innen gewählt sind und ihre
301 Tätigkeit
302 aufnehmen.

303 (4) Wiederwahl in den Bundesvorstand in Folge ist dreimal, in das gleiche Amt
304 nur
305 einmal möglich. Die Mitgliedschaft einer Person im Bundesvorstand darf vier

306 Amtszeiten nicht überschreiten. Amtszeiten, die ein halbes Jahr nicht
307 übersteigen,
308 werden auf die Amtszeitbeschränkung und die Wiederwahlregelung nicht
309 angerechnet.

310 (5) Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds des Bundesvorstandes wählt eine
311 Mitgliederversammlung eine*n Nachfolger*in bis zur nächsten regulären Wahl des
312 gesamten Bundesvorstandes.

313 (6) Die Mitgliederversammlung kann den aktuellen Bundesvorstand durch die Wahl
314 eines neuen Bundesvorstands nach § 18 Abs. 2 abwählen.

315
316 **§ 19 Ausschluss vom Amt im Bundesvorstand**

317 (1) Im Bundesvorstand kann nicht Mitglied sein,
318 1. wer ein Mandat in Länderparlamenten, im Bundestag, im Europaparlament
319 oder ein Amt im Bundes- oder einem geschäftsführenden Landesvorstand der
320 Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder ein Amt einer anderen Partei inne hat.
321 2. wer in einem beruflichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zu
322 Campusgrün steht. Entschädigungen für die Tätigkeit im Bundesvorstand
323 gelten nicht als finanzielles Abhängigkeitsverhältnis.

324 (2) Die gleichzeitige Ausübung von einem Amt in Landes- und Bundesverband ist
325 nicht möglich. Ausnahme bildet eine Übergangszeit zwischen Ende der alten und
326 Beginn der neuen jeweiligen Amtszeit. Die jeweils zuvor ausgeübte Tätigkeit
327 endet
328 mit dem regulären Ende der Amtszeit.

329 (3) Eine berufliche Tätigkeit für einen politischen Verband ist dem
330 Bundesvorstand
331 und der Mitgliederversammlung unverzüglich bei Wahl bzw. bei Amtsantritt
332 anzuzeigen.

333
334 **§ 20 Arbeitsweise des Bundesvorstands**

335 (1) Der Bundesvorstand fasst Beschlüsse mit absoluter Mehrheit. Der
336 Bundesvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder
337 anwesend ist, es sei denn, der Bundesvorstand beschließt einstimmig etwas
338 anderes.

339 (2) Der Bundesvorstand leitet den Bundesverband gemeinschaftlich.

340 (3) Die Sprecher*innen vertreten den Verband nach außen, insbesondere gegenüber
341 der Bundesregierung, anderen Hochschulorganisationen, Parteien, Verbänden und
342 Hochschulen sowie den Medien.

343 (4) Die politische Geschäftsführung ist für die interne Organisation und
344 Koordination des Bundesverbandes und insbesondere des Bundesvorstandes
345 zuständig.

346 (5) Die*der Schatzmeister*in verwaltet das Vermögen des Verbandes. Sie*er ist
347 berechtigt, Zahlungen entgegenzunehmen und durchzuführen. Weitere Aufgaben
348 ergeben sich aus der Finanzordnung.

349 (6) Der Vorstand kann für bestimmte Aufgaben Beauftragte oder Teams ernennen.

350 (7) Rechtsgeschäftliche Erklärungen müssen von zwei Mitgliedern des
351 geschäftsführenden Bundesvorstandes gemeinschaftlich abgegeben werden.

352

353 **Unterabschnitt 3: Bundesschiedsgericht und** 354 **Datenschutzbeauftragte*r**

355

356 **§ 21 Das Schiedsgericht**

357 (1) Die Mitgliederversammlung wählt ein Schiedsgericht, das aus entweder genau
358 drei oder genau fünf Mitgliedern besteht.

359 (2) Mindestens die Hälfte der Mitglieder des Schiedsgerichts müssen FINTA*
360 Personen sein.

361 (3) Mitglieder eines Landesvorstandes oder des Bundesvorstandes dürfen nicht
362 zeitgleich Mitglieder des Schiedsgerichts sein.

363 (4) Die Amtszeit der Mitglieder des Schiedsgerichts beträgt zwei Jahre.
364 Wiederwahlen sind möglich. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds aus dem
365 Schiedsgericht wählt die Mitgliederversammlung eine*n Nachfolger*in bis zur
366 nächsten regulären Wahl des gesamten Schiedsgerichts.

367 (5) Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen abgegebenen Stimmen auf
368 sich
369 vereint. Kommt im ersten Wahlgang keine Mehrheit zustande, kommt es zur
370 Stichwahl zwischen den beiden Kandidat*innen mit der höchsten Stimmenzahl. Bei
371 Stimmengleichheit im zweiten Wahlgang findet ein dritter Wahlgang statt; bei
372 Stimmengleichheit im dritten Wahlgang oder bei der Bestimmung der Kandidat*innen
373 für den zweiten Wahlgang entscheidet das Los.

374 (6) Näheres regelt eine Schiedsgerichtsordnung, die von der
375 Mitgliederversammlung
376 mit Zweidrittelmehrheit beschlossen und geändert wird.

377

378 **§ 22 Datenschutzbeauftragte*r**

379 Die*der Datenschutzbeauftragte achtet auf den Schutz der Daten der
380 Verbandsgliederungen und mit Campusgrün verbundenen natürlichen Personen und
381 überprüft den Bundesvorstand und die Bundesgeschäftsstelle auf die
382 ordnungsgemäße Einhaltung des Datenschutzes. Bleibt die Stelle vakant, soll der
383 Bundesvorstand eine Person kommissarisch mit diesem Aufgabenbereich betrauen.

384

385 **Abschnitt 4: Finanzen**

386

387 **§ 23 Haushalt**

388 (1) Der Bundesvorstand legt auf der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung
389 eines Jahres einen detaillierten Haushaltsplan für das Folgejahr zur
390 Beschlussfassung vor. Dieser wird federführend von der*dem Schatzmeister*in
391 erstellt.

392 (2) Stellt der Bundesvorstand im Laufe eines Haushaltsjahres fest, dass die
393 Ausgaben um mehr als 10 Prozent oder um mindestens 1.000 Euro steigen oder die
394 Einnahmen um mehr als 10 Prozent oder mindestens 1.000 Euro sinken, legt er der
395 nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung einen Nachtragshaushalt zur
396 Beschlussfassung vor.

397 (3) In dringenden Finanzangelegenheiten entscheidet der Bundesvorstand mit
398 absoluter Mehrheit.

399 (4) Der Bundesvorstand legt der ersten ordentlichen Mitgliederversammlung eines
400 Jahres einen Jahresabschluss für das Vorjahr vor.

401

402 § 24 Finanzordnung

403 (1) Campusgrün gibt sich eine Finanzordnung.

404 (2) Dort ist insbesondere die Erstattung für die durch die Arbeit und Treffen
405 von
406 Organen und sonstigen Gremien anfallenden Kosten sowie die
407 Aufwandsentschädigung des Bundesvorstands zu regeln.

408

409 § 25 Rechnungsprüfer*innen

410 (1) Die Rechnungsprüfer*innen überprüfen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung,
411 die Angemessenheit der Ausgaben und die Übereinstimmung der Ausgaben mit den
412 Beschlüssen. Sie vertreten sich dabei gegenseitig.

413 (2) Die Rechnungsprüfer*innen dürfen nicht Mitglied des Bundesvorstandes sein.
414 Sie
415 dürfen sich nicht in einem beruflichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis
416 zu
417 Campusgrün befinden.

418 (3) Die Rechnungsprüfer*innen berichten der Mitgliederversammlung schriftlich
419 und
420 geben der Mitgliederversammlung eine Empfehlung für die Entlastung oder Nicht-
421 Entlastung des Bundesvorstandes in Finanzangelegenheiten.

422 (4) Wird die Entlastung einer*eines Schatzmeisterin*Schatzmeisters in
423 Finanzfragen
424 endgültig abgelehnt, so ist eine erneute Kandidatur für dieses Amt
425 ausgeschlossen.

426

427 § 26 Restvermögen bei Auflösung

428 Im Falle einer Auflösung von Campusgrün fällt das Restvermögen der GRÜNEN
429 JUGEND zu, es sei denn, die Mitgliederversammlung beschließt mit absoluter

430 Mehrheit etwas abweichendes.

431

432 **Abschnitt 5: Bundesgeschäftsstelle**

433 **§ 27 Bundesgeschäftsstelle und Geschäftsführer*in**

434 (1) Sitz der Bundesgeschäftsstelle ist Berlin.

435 (2) Der Bundesvorstand stellt ein*e Geschäftsführer*in und eventuell weitere
436 Beschäftigte ein.

437 (3) Campusgrün achtet als Arbeitgeber*in auf die Gleichstellung der
438 Geschlechter.

439 (4) Die*der Geschäftsführer*in ist dem Bundesvorstand und der
440 Mitgliederversammlung gegenüber für die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle
441 verantwortlich.

442 (5) Die*der Geschäftsführer*in unterstützt den Bundesvorstand bei seiner Arbeit.
443 Die
444 genaue Aufgabenteilung beschließt der Bundesvorstand in Absprache mit der*dem
445 Geschäftsführer*in.

446 (6) Die Struktur und die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle ist Bestandteil des
447 Rechenschaftsberichts des Bundesvorstands.

448

449 **Abschnitt 6: Schlussbestimmungen**

450

451 **§ 28 Allgemeine Bestimmungen**

452 (1) Niemand darf aufgrund einer Behinderung oder chronischen Erkrankung
453 diskriminiert werden. Bei der Wahl von Räumlichkeiten ist ein barrierefreier
454 Zugang
455 zu beachten. Menschen mit Behinderung muss eine möglichst barrierearme
456 Beteiligung ermöglicht werden. Bei Bedarf ist Unterstützung zu organisieren.

457 (2) Bei Sitzungsterminen sind nach Möglichkeit Bedürfnisse von Personen mit

458 Kindern zu berücksichtigen. Soweit es möglich ist, soll eine Kinderbetreuung
459 organisiert werden. (3) Abstimmungen sind offen. Auf Antrag von drei anwesenden
460 Delegierten wird eine
461 Abstimmung geheim durchgeführt. Personenwahlen werden grundsätzlich geheim
462 durchgeführt.

463 (4) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

464

465 **§ 29 Salvatorische Klausel**

466 Im Fall der Nichtigkeit eines Teils dieser Satzung bleibt der übrige Teil der
467 Satzung
468 wirksam.

469

470 **§ 30 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen**

471 (1) Diese Satzung tritt am Tage ihrer Verabschiedung durch die
472 Mitgliederversammlung in Kraft.

473 (2) Die*Der Vorsitzende des Bundesschiedsgerichts bleibt bis zur Neuwahl des
474 Bundesschiedsgerichts durch die Bundesmitgliederversammlung im Amt. Näheres
475 regelt die Schiedsgerichtsordnung.

476 (3) Die Wahlordnung, beschlossen auf der 24 Bundesmitgliederversammlung am 17.
477 April 2011, ist unwirksam, bis die Bundesmitgliederversammlung eine neue
478 Wahlordnung beschließt.

479 (4) Die Regelung in § 9 (2) tritt erst mit der nächsten Mitgliederversammlung in
480 Kraft.